

Klartext – So sieht die Praxis in der Kita wirklich aus

BayKiBiG-Reform ein großer Wurf? Eher ein Armutszeugnis für Bayern

„Frühkindliche Bildung ist das Herzstück unserer bayerischen Familienpolitik“, so Sozialministerin Frau Ulrike Scharf.

Dass es eine Reform des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) braucht, ist unumstritten. Diese Reform – ein großer Wurf? Nein!

Zuerst war von Seiten der Regierung Geld für alle Eltern da – jetzt ist für unsere Kitas nur marginal etwas da. Es gibt für Kinder, Familien und Fachkräfte definitiv keine Verbesserung ab Januar 2027.

Bereits jetzt befinden wir uns in der Kita-Krise mit Ansage. Es gibt erhebliche Engpässe in der frühkindlichen Bildung mit Reduzierung der Öffnungszeiten und Fachpersonalstunden. Notbetreuung, Gruppenschließungen et cetera werden kommen. Sprich, Qualität muss in einigen Kindergärten hintergestellt werden.

Seit Jahren ist der frühkindliche Bereich unterfinanziert und defizitär. Elternbeiträge beziehungsweise die Gebühren hängen, wie bekannt ist, von den Steuereinnahmen der jeweiligen Gemeinde ab, die diese Defizite übernehmen muss. Somit wird meines Erachtens "des Bummer!" an BürgermeisterInnen und Träger mit ihren Einrichtungsleitungen weitergegeben. Eine Erhöhung der Elternbeiträge ist unumgänglich und wird kommen.

Die Kommunen und Städte müssen in Zeiten finanzieller Krisen versuchen dieses Dilemma irgendwie abzufedern.

Der Slogan „familienland.bayern“ ist leider nur ein leeres Versprechen der Regierung, denn in dieser Reform werden Finanzen nur umgeschichtet. Es gibt definitiv nicht mehr Geld für die frühkindliche Bildung in Bayern. Sehr bitter!

Hier möchte ich Sibylle Schuster, Geschäftsführerin der KAB München und Freising und Leiterin der Facharbeitsgruppe Kindertagesstätten (AG Kita) der KAB Bayern zitieren: *„Natürlich ist es eine Verbesserung, wenn den Kita-Trägern in Bayern nun mehr Geld zur Verfügung steht. Trotzdem sichert dieses Gesetz mitnichten, wie von der Sozialministerin behauptet, die Zukunft unserer Kinder. Eine höhere Betriebskostenförderung bedeutet eben nicht, wie suggeriert, auch mehr Qualität in den Kitas.“*

Mit Blick auf die Parlamentsdebatte entledigt sich die Sozialministerin einmal mehr ihrer Verantwortung, indem sie bei den Themen Arbeitsbedingungen und Anstellungsschlüssel auf Träger und Kommunen verweist. Wir vermissen einen klaren politischen Willen, auf diese Faktoren wirksam Einfluss zu nehmen. Wir erinnern an die katholische Soziallehre und an die Bayerische Verfassung. Die Verfassung verpflichtet die Staatsregierung, für gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land, zu sorgen. Dies sollte ins Zentrum der Überlegungen und auch der politischen Arbeit rücken...

Andrea Steiner

Mitglied im Verband Kita-Fachkräfte Bayern e.V.

**Klartext ist eine Rubrik, in der wir unsere Mitglieder zu Wort kommen lassen um die Bandbreite der Positionen in der Öffentlichkeit abzubilden und auf verschiedene Themen aufmerksam zu machen. Die Texte dieser Rubrik sind nicht durch den Verband verfasst und sind keine offizielle Pressemitteilung/Stellungnahme des Verbandes.*